

Vom Lernen des Wählens im Mittelalter

Kamp, Norbert

Veröffentlicht in:
Jahrbuch 1996 der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft, S.23-32



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

NORBERT KAMP

Vom Lernen des Wählens im Mittelalter

Herr Präsident, societatis scientiarum Brunsvicensis sodales illustrissimi, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein Augenblick wie dieser, in dem mir der scheidende Präsident, mit der Amtskette sichtbar, eine neue Verantwortung auf Zeit auf Schultern legt, die von anderen Lasten gerade befreit wurden, weckt von meiner Befindlichkeit, aber auch von meinem Thema her, zuerst eine spürbare Nähe zu den Demutsworten des im Mittelalter Gewählten, dem die Spanne zwischen Erwartung und Vermögen so gegenwärtig war wie sie mir ist. Sie vermag ich nur hintanzustellen, weil mein erstes Wort meinem Vorgänger im Amt, Herrn Prof. Werner Leonhard, gelten soll, der in den drei Jahren seiner Präsidentschaft der Gesellschaft Stabilität und Autorität gegeben, ihr Ansehen und Aufmerksamkeit bewahrt und uns allen bewiesen hat, daß er ein Meister der Regelungstechnik auch außerhalb seiner Disziplin ist. Mit seiner ebenso ruhigen wie glücklichen Hand hat er sich um die Pflege der Wissenschaft in allen Klassen und in allen mit Braunschweig verbundenen Vororten der Gesellschaft verdient gemacht und ihr neue Mitglieder und Freunde gewonnen. Dafür gilt Ihnen unser aller, aber auch mein besonderer Dank.

Meine Damen und Herren, Wahlen, die einem Gemeinwesen Legitimität verleihen und seinen Zusammenhalt begründen, die politische Macht neu verteilen oder den gesellschaftlichen Wandel anstoßen, Wahlen, die Verantwortung auf Zeit übertragen, aber auch widerrufen, Wahlen, die in ihrem Wettstreit und mit ihrem Erleben das dauerhafte Miteinander eines politischen Verbandes, einer wissenschaftlichen Gesellschaft, auch eines Vereines, entstehen lassen, sind ein bestimmendes und zugleich tragendes Element unserer Gesellschaft, auf fast allen Ebenen und in fast allen Strukturen und Gliederungen. Ihre erneuernde, verändernde, aber auch stabilisierende Kraft hat einen unbestrittenen Platz in unserer Rechtsordnung, die das Wahlrecht bis in Feinheiten ausgestaltet hat, die einerseits nur der Mathematiker in ihrer Ableitung versteht, die andererseits aber auch einem Formalismus huldigen, dem nicht jedermann leicht folgen kann, wenn Gerichte ihn zum Maßstab wählen.

Im Nachhinein der Wahl einer wissenschaftlichen Gesellschaft mit ihren gleichwohl nach dem Alter unterschiedlich gewichteten Stimmen möchte ich auf die historischen Anfänge des Wählens zurücklenken und Ihnen damit gleichzeitig den Zugang zu der wissenschaftlichen Disziplin öffnen, die ich in der universitären Arbeitsteilung vertrete, die *mittelalterliche Geschichte* oder, um es zeitlich und räumlich genauer zu bestimmen, die Geschichte Europas in der Zeit vom Ausgang der griechisch-römischen Antike bis zum Beginn der Neuzeit, wann immer man diesen auch ansetzen mag.

Die Geschichte des Wählens im Sinne einer bestimmbaren, in unsere Gegenwart hineinreichenden Kontinuität setzt erst im Mittelalter ein. Nur dort kann von jenem Lernen die Rede sein, von dem wir heute noch zehren. Gewiß haben die römische Republik und mehr noch die attische Demokratie Wahlformen und Wahlregeln jeweils für sich entwickelt, aber das Erbe von Athen und Rom überdauerte die griechische Polis und den

römischen Staatsverband nicht. Anders als auf vielen Feldern des geschichtlichen Lebens ging das Wissen um Handeln und Regelwerk vollständig verloren, so daß in den Generationen des Mittelalters alle Erfahrungen neu gemacht, alle Experimente neu erdacht und die begriffliche Ordnung des Wählens im Sinne eines auf die Zukunft gerichteten Lernprozesses neu gefunden werden mußte. Als die Rezeption des römischen Rechts im 12. Jahrhundert die Gedanken der Alten mit den Begriffen und Erfahrungen der Neuen konfrontierte, gewannen diese Präzision und neue Autoritäten für Theorie und Entscheidungskriterien, gerieten aber nicht aus den Geleisen ihrer schon eingefahrenen Bahnen.

Die politische Ordnung der auf dem Boden des römischen Imperiums entstandenen Germanenreiche bedurfte der Wahlen nicht, weil Charisma und Götterabkunft der führenden Geschlechter Herrschaft und Herrschaftsfolge trugen. Nach der Christianisierung traten an ihre Stelle Salbung und Krönung, ohne den tradierten Herrschaftsanspruch der Geschlechter aufzuheben. Herrschaft auf Zeit, bei der Wahlen Wechsel und Nachfolge hätten regeln müssen, kannte die feudal geordnete Welt des frühen Mittelalters nicht. Der an agrarische Lebensformen gebundenen Gesellschaft blieben zunächst auch Gemeinwesen fremd, die mit einer räumlichen Verdichtung des Wohnens und der sozialen Angleichung erwerbstätiger Menschen neue Formen des Miteinander entstehen ließen und damit zugleich eine Obrigkeit zu eigenem Recht schufen, wie sie dann in der Stadt oder besser in der sich in deren Mauern ausbildenden Kommune mit einer prinzipiell republikanischen Verfassung entstehen sollte. Der einzige Bereich der frühmittelalterlichen Gesellschaft, in dem verantwortliche Führungspositionen im regelmäßigen Wechsel wahrgenommen wurden, war die Kirche mit ihrer auf die spätantike Stadt zugeschnittenen Diözesanorganisation und ihren sich seit dem 5. Jahrhundert auch im lateinischen Westen ausbreitenden Klöstern, wo sich für Bischöfe und Äbte periodisch das Problem einer durch Auswahl zu treffenden Nachfolge stellte.

Den damit angesprochenen frühen Jahrhunderten werde ich mich heute nicht widmen, sondern erst mit jenem Zeitalter beginnen, dem der Ruf nach Wahlen oder, genauer gesagt, die laut und bei fast jedem Anlaß erhobene Forderung nach kanonischer Wahl Farbe und Signatur gab, das Zeitalter der von Lothringen und Burgund ausgehenden Kirchenreform. Die Forderung nach kanonischer Wahl zielte auf die Reform der verweltlichten Kirche. Sie setzte den Hebel der Erneuerung bei den Wahlen an, um die Übel der Zeit von der Wurzel her auszurotten, indem sie Simonie und weltliche Bevormundung bei Wahlen an den Pranger stellte. Die in vielen Wiederholungen reaktivierte Vorstellung der kanonischen Wahl, also einer an den alten *canones*, den Lehr- und Rechtssätzen der frühen Päpste, Kirchenväter und Konzilien orientierten Wahl, bediente sich in der Regel der Formel, daß der Bischof von der Gemeinde, dem *populus*, erbeten (*expetitus*), vom Klerus gewählt und von den Mitbischöfen, den *comprovinciales*, geweiht werden sollte. Die Formel enthielt auch in ihren Varianten keine Aussage über den Ablauf einer Wahl und noch weniger einen Hinweis auf deren Entscheidungskriterien. Feste Formen für die abgestufte Beteiligung von Klerus und Volk bildeten sich nicht aus, weil beide Gruppen sich als Wahlkörper nicht nach Außen abgrenzen ließen. Als kirchenpolitisches Schlagwort wandte sich der Begriff der kanonischen Wahl in erster Linie gegen Fremd-

steuerung und Käuflichkeit. Er zielte nicht auf eine andere Form der Wahl. Ein individualisierbares Wahlrecht war ihm fremd. Zu einer geordneten Nachfolge kam es in der Regel, wenn ein informell vorbereiteter oder spontan auftkommender Wahlvorschlag ohne langes Hin und Her den allgemeinen Beifall fand. Die zustimmende Akklamation galt als Ausweis der *unanimitas*, der Einmütigkeit, und diese als Garantie einer dem Heil aller dienenden Wahl.

An diesem Mythos der einmütigen Wahl stieß sich anderes Kriterium, das sich in der Wahl als Spaltpilz einnisten konnte, auch wenn es auf das Gegenteil zielte. Den Ruf nach kanonischer Wahl erhoben vielfach Vertreter des Mönchtums, das sich seit den Reformen Ludwigs des Frommen und Benedikts von Aniane an der Regel des Benedikt von Nursia orientierte, die auch für die Wahl des Abtes Vorsorge getroffen hatte, aber eigene Wege gegangen war. Auch Benedikt hielt an dem Ideal der einmütigen Wahl fest. Er sah aber mit dem ihm eigenen Realismus daneben die Möglichkeit, daß der würdige Nachfolger im Klosterkonvent, der, anders als die Diözesanversammlung, einen abgeschlossenen Kreis gleichgestellter Wähler bildete, nicht von allen erkannt oder anerkannt wurde. Benedikt räumte deshalb der Minderheit des Konvents, *pars quamvis parva*, das Recht ein, eine Wahl auch gegen die Mehrheit durchzusetzen, wenn sie von der Überzeugung getragen war, im Geiste des Mönchtums und seiner Regel, aber auch vor Gott, den Würdigsten zu erwählen, mit anderen Worten, die Minderheit konnte die Mehrheit schlagen, wenn die Kraft ihrer Argumente, Motive und ihrer zukunftsgerichteten religiösen Überzeugungen sie als *sanior pars* erschienen ließ. Gegen die Vorstellung einer heilsgewissen Minderheit meldeten sich vereinzelt schon Stimmen, die in der *maioritas*, der zahlenmäßigen Mehrheit, ein Indiz der *sanioritas* erkennen wollten, aber zunächst ohne große Resonanz blieben, da reformfreudige Minderheiten als *sanior pars* den Siegeszug der Kirchenreform von Kloster zu Kloster bestimmten.

Nachdem der Elsässer Bruno von Toul als Leo IX. seit 1049 dem Papsttum selbst als Motor der Kirchenreform eine neue Funktion und Autorität gegeben hatte, rückte die Papstwahl in den Blick der Reformer, obwohl die kaiserlichen Designationen deutscher Päpste das römische Wahlchaos zunächst durch eine neue Fremdbestimmung zu heilen versucht hatten. Der vom Kaiser designierte Leo ließ sich in Rom unter dem Beifall der Reformer neu kanonisch wählen, ehe er die Rechte seines Amtes wahrnahm. Das fünf Jahre nach seinem Tode 1059 erlassene Papstwahldekret, das primär die in Siena vollzogene Wahl Nikolaus II. durch die aus Rom vertriebenen Reformer legitimieren sollte, wurde vor dem beschriebenen Hintergrund zu einer Wendemarke in der Geschichte des Wählens, auch wenn das so kaum beabsichtigt war und Wahlen nach seinen Regeln nie stattfanden. Das Dekret ordnete erstmals den Ablauf einer Wahl, indem es den Kardinalbischöfen ein Vorstimmrecht, den weiteren Kardinälen ein aktives Beteiligungsrecht, dem übrigen Klerus und dem Volk lediglich ein Bestätigungsrecht einräumte und auch dieses noch dadurch relativierte, daß es für die Wahl von Siena im Nachhinein feststellte, der gewählte Papst verfüge auch ohne die in Siena nicht mögliche Mitwirkung von Klerus und Volk über die wesentlichen Prärogativen seines Amtes.

Das Papstwahldekret vollzog einen ersten Schritt zur Herauslösung eines definierbaren Wählerkreises aus der unbestimmten Menge Klerus und Volk der alten Rechtsformel

von der kanonischen Wahl, indem es den aktiven und bestimmenden Anteil der Kardinäle hervorhob und die Teilnahme von Klerus und Volk als unter Umständen entbehrlich bezeichnete. Es spezifizierte das Wahlrecht der Kardinalbischöfe und stellte damit die Weichen für ein individualisierbares Recht der einzelnen Wähler.

Die 1059 nur angebaute Entwicklung vollendete die Umwandlung des in drei Ordines gegliederten römischen Kardinalklerus in das Kardinalskollegium der lateinischen Christenheit innerhalb von zwei Generationen. Um 1130 war es selbstverständlich, daß allein die Kardinäle das Wahlrecht bei der Papstwahl ausübten und daß in ihren Reihen Bischöfe, Priester und Diakone sich in ihrem Recht bei der Wahl nicht mehr unterschieden. Der ausgegrenzte Wahlkörper ließ die einzelnen Wähler eine Stimme, *vox*, gewinnen, auch wenn man den Schritt zur zählbaren Einheit noch nicht hinter sich gebracht hatte. Klerus und Volk, die in der kanonischen Wahlformel als tragende Pfeiler der Wahlhandlung erschienen, waren seither eine rechtlich bedeutungslose Wahlkulisse.

Wahlen wurden auch in dem überschaubar gewordenen Wahlkörper von 20 bis 30 Kardinälen nicht leichter, zumal sich im Senat der römischen Kirche, wie man ihren Kreis später gern nannte, die kirchenpolitischen Parteilagen auf engstem Raum trafen: Radikalreformer und Pragmatiker, konservativ gewordene Cluniazenser und moderne Zisterzienser, aber auch andere Richtungen, wenn man nur an den Streit um das Wormser Konkordat oder die Normannenpolitik denkt. Um das Ideal der Einmütigkeit zu bewahren und Konfliktfronten zu überspielen, griff man zum Experiment: Wahlmänner aus den Hauptrichtungen sollten eine informelle Vorauswahl treffen, der dann alle beizutreten sich verpflichteten. Aber auch solche Verfahren verhinderten es nicht, daß sich im Jahre 1130 zwei Päpste der Christenheit präsentierten: Anaklet II., gestützt auf eine Mehrheit, und Innozenz II., der nur eine Minderheit auf seiner Seite wußte, aber wie diese der Überzeugung war, daß er kirchenpolitisch die *sanior pars* vertrat. Das Schisma entschieden die westeuropäischen Monarchien und der dann von Innozenz II. zum Kaiser gekrönte deutsche König Lothar von Supplinburg, die unter dem beredten Einfluß des Zisterziensers Bernhard von Clairvaux für Innozenz II. eintraten, während Anaklet II., der Roger II. zum König von Sizilien erhob, kirchenpolitisch in die Isolierung und damit vor der Geschichte in die Rolle des Gegenpapstes geriet.

Das nächste päpstliche Schisma entzündete sich 1159 an der Politik Friedrichs I. Barbarossa. Die Mehrheit der Kardinäle erhob den päpstlichen Kanzler Roland, einen bedeutenden Juristen, der dem Kaiser auf dem Reichstag von Besançon entgegengetreten war, als Alexander III., eine kaiserfreundliche Minderheit Viktor III. Die Minderheit, drei Kardinäle, war so sehr von ihrem Recht überzeugt, daß sie ihren Papst als ersten mit dem päpstlichen Mantel bekleidet dem Volk präsentierte, aber diese handstreichartig vollzogene Erhebung im Schnellverfahren versperrte Alexander III. den Weg zu seiner Weihe nicht, so daß die Christenheit in den nächsten Jahren bis zum Frieden von Venedig 1177 in zwei Obödienzen mit wechselnden Abgrenzungen auseinanderfiel.

Das zweite Laterankonzil zog 1179 die wahlrechtlichen Konsequenzen, indem es mit dem Dekret *Licet de vitanda* für die Papstwahl eine Regel fand, die eine neue Epoche in der Geschichte des Wählens bezeichnete, weil sie das Zählen der nunmehr vorausgesetzten Einzelstimmen zur Grundlage der Wahlentscheidung machte und gleichzeitig die

qualifizierte Mehrheit als Rechtsinstitut erfand. Nur derjenige sollte künftig als rechtmäßiger Papst anerkannt werden, der zwei Drittel der Stimmen der wählenden Kardinäle erhielt. Da es für die Papstwahl keine höhere Urteilsinstanz gebe, müsse für sie gelten, daß die maior pars auch die sanior pars sei, wenn eine Zweidrittelmehrheit erreicht werde. Der Konflikt zwischen dem Majoritätsgedanken und der Sanioritätsforderung war damit für den Sonderfall der Papstwahl pragmatisch gelöst, nicht aber für andere Wahlen, wie das Konzil ausdrücklich hervorhob.

Unseren Blick auf die Papstwahl zu konzentrieren, wäre dann unzulässig, wenn die hier aufgezeigten Vorgänge so singulär geblieben wären wie die Ausnahmeregelung für die Papstwahl uns vermuten lassen könnte. Das war jedoch nicht der Fall. Die von der Kirchenreform ausgehende neue Klerikalisierung richtete sich nicht nur gegen die Laieninvestitur und das Eigenkirchenrecht der adligen Patronatsherren. Sie drängte den Laien als aktives Kirchenmitglied zurück, wies ihn gleichsam in seine Schranken, indem die Priesterkirche ihm nur noch den Platz jenseits des Lettner reservierte. Das Volk verlor seine Funktion bei der Wahl, so daß sich den kirchlichen Juristen, die man seit dem 12. Jahrhundert Kanonisten nannte, die Frage aufdrängte, ob die von den alten canones postulierte Mitwirkung des Volkes, der Laien, der Wahl schade oder nicht. Diese Diskussion orchestrierte mit ihren gedanklichen Winkelzügen, denen ich hier nicht folgen will, nur die Begleitmusik zu einem Prozeß, der die römische Ausgrenzung des Kardinalkollegiums als Wahlkörper von Diözese zu Diözese wiederholte. An die Stelle von Klerus und Volk traten die Domkapitel, deren Mitglieder oft zusammen mit einigen anderen prominenten geistlichen Würdenträgern der diözesanen Hauptorte ein eigenständiges, ausschließlich wahrgenommenes aktives Wahlrecht gewannen.

Der Vorgang ist von einer erstaunlichen Breite: unbeschadet mancher Differenzierung und manchen zeitlichen Verschiebungen entstanden im Verlaufe eines Jahrhunderts überall im lateinischen Abendland von Spanien bis Polen, von Sizilien bis Schweden überschaubare, nach Außen hin abgrenzbare Wahlkörper, in denen Kanoniker und Kleriker das gleiche Stimmrecht ausübten und in dem man nun daran gehen konnte, diesem Umstand durch neue Wahlverfahren Rechnung zu tragen und auch den Entscheidungskriterien neue Aufmerksamkeit zu widmen.

Wenn ich noch hinzufüge, daß das Wählen in den sich mehrenden Klöstern selbstverständlich war, daß aber jetzt auch die Anfänge der Kommune in Oberitalien und die neuen Städte im Gebiet von Maas und Rhein, bald auch bis zur Elbe, ihre Räte und Konsuln durch Wahlen zu bestimmen begannen, dann ist es keine Übertreibung, das 12. Jahrhundert als die Epoche zu bezeichnen, in der das Lernen des Wählens im Mittelalter begann. Von der Papst- zur Königswahl, von der Bischofs- zur Abtwahl, von der Ratswahl zur Wahl der Konsuln wurden neue Regeln und neue Grundsätze gefunden, aber auch neue Techniken erprobt, die in ihrer Summe das Grundgerüst des neuzeitlichen Wählens ausmachen sollten und die differenzierte Ausprägung des modernen Wahlrechts vorformen sollten, auch wenn das Experimentieren mit Elementen des Wahlrechts von der Quotenbildung bis zum Wahlalter andeutet, daß wir nie mit einer abgeschlossenen Entwicklung rechnen können.

Das 12. Jahrhundert erneuerte die Rechtskultur durch Rechtswissenschaft. In Bologna legte man das neu aufgefundene römische Recht neu aus, seit Gratian das von diesem im

Decretum neu geordnete kanonische Recht der Kirche. Die Juristen holten alte Autoritäten wieder ans Licht und glossierten die Lehrsätze der Alten, aber auch die Leitbegriffe des kanonischen Rechts, denen sich noch vor dem Ende des Jahrhunderts die Dekretalen hinzugesellten, mit denen die Päpste, vor allem die großen Juristen unter ihnen, das Kirchenrecht auf das von ihnen mit neuer Intensität wahrgenommene Kirchenregiment zuschnitten. Die Bologneser Schule und ihre Lehrer kommentierten die neu aufgeworfenen Probleme des Wählens, wirkten aber auch durch ihre Handreichungen. Ein erstes Wahlhandbuch entstand noch in den Jahren kurz vor dem Laterankonzil von 1179, das erfolgreichste, von einem englischen Kleriker verfaßte Handbuch, das schon alle für eine kirchliche Wahl nunmehr erforderlichen Formularien enthielt, in den Jahren um 1250.

Juristische Diskussion, päpstliche Dekretalengesetzgebung und das Experimentieren mit der Wahl im weiten Umkreis des Abendlandes erlaubten es deshalb schon dem von Innozenz III. einberufenen Laterankonzil des Jahres 1215 eine Art Wahlordnung für die kirchlichen Wahlen zu erlassen, die zwar die an ihre eigenen Regeln gebundenen Orden nicht einbezog, aber doch einen allgemein verbindlichen Charakter erhielt, weil sie für kirchliche Wahlen nur drei Verfahren für zulässig erklärte, von denen zwei erst im Laufe des 12. Jahrhunderts ihre jeweilige Form erhalten hatten.

An erster Stelle nannte das Konzil die Inspirationswahl, in der nach den Vorstellungen der Zeit die Wähler ohne förmliches Verfahren durch die Inspiration des Heiligen Geistes zu der unanimitas fanden, die einer kirchlichen Wahl am besten anstand. Wahlen nach diesem Muster gewannen jedoch immer mehr Seltenheitswert, so daß auch die Juristen sie in ihren Kommentaren zum Ausnahmefall werden ließen.

Als zweites Verfahren führten die Konzilsväter die Wahl per compromissum an, die Wahl durch Kompromissare oder, wie ich vielleicht etwas ungenau hinzufügen möchte, durch Wahlmänner aus dem Kreis der Wahlberechtigten, denen diese das Recht auf einen Wahlvorschlag unwiderruflich, aber auch mit der Zusage einräumten, den Wahlvorschlag nach seiner Präsentation als eigenen anzunehmen, so daß in der Regel ein einmütiger Vorschlag zustandekam, der dann durch den von einem Wähler stellvertretend für alle vorgetragenen Kürspruch in der sogenannten electio communis bekräftigt wurde. Die Wahl entfernte sich also nicht vom Ideal der Einmütigkeit, erreichte sie aber mit anderen Mitteln.

Dieses Wahlverfahren hatte zudem den Vorteil, daß die Auswahl in einem kleineren Kreise unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Vorgaben der Wähler erfolgte, aber auch vorzeitige Festlegungen einer Stimmabgabe vermied. Die Auswahl der Kompromissare war nicht zwingend an den Kreis der Wähler gebunden. Auch Nachbarbischöfe, bekannte Äbte, selbst Kardinäle waren als Wahlhelfer in dieser Funktion gefragt.

Das Verfahren war kein Monopol der Kirche: als nach dem Tode Kaiser Heinrichs V. die Abgesandten der vier deutschen Stämme im Jahre 1125 bei Mainz zur Wahl zusammentraten, benannten sie zunächst einen Ausschuß von viermal zehn, also vierzig Persönlichkeiten, von denen sie Vorschläge geeigneter Kandidaten erwarteten. Diese benannten jedoch wiederum vier zum König Geeignete, so daß die Wahl Lothars von Supplinburg erst nach dem Verzicht der anderen und der Ausmanövrierung des Staufers Friedrich von Schwaben vollzogen werden konnte.

Der Kompromiß war auch sonst nicht immer eine Erfolgsgarantie. Das päpstliche Schisma von 1130 hatte man vermeiden wollen, indem man Kompromissare einsetzte, um die bekannten inneren Gegensätze zu überbrücken, aber man rechnete nicht damit, daß diese schon das Zusammentreten der Kompromissare verhinderten. Die bereits formierten Parteien schritten deshalb selbst zur Wahl, um der jeweils anderen den Vortritt zu nehmen. Der Kompromiß erwies sich gleichwohl als so gut handhabbar, daß die meisten Papstwahlen des 13. Jahrhunderts seinem Muster folgten. Den Ausweg aus der längsten Vakanz der Papstgeschichte fand man 1271, indem die Kardinäle einen förmlichen Vertrag schlossen, der sechs Kompromissare aus den Reihen der Bischöfe, Priester und Diakone bestimmte, die gleichzeitig die entgegengesetzten politischen Richtungen widerspiegeln, die die Wahl drei Jahre lang blockiert hatten. Alle Kardinäle verpflichteten sich gleichzeitig, den vom Sechser-Ausschuß vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen, was dann auch durch ihren Sprecher geschah.

Das Verfahren ist uns formal nicht so fremd wie es uns auf den ersten Blick erscheinen will. Die Wahl eines Präsidenten durch Wahlmänner in Amerika, auch eines Senats durch Wahlmänner in Frankreich, ist ein spätes Relikt dieses Verfahrens, das nicht zuletzt überall dort mit Gewinn angewandt wird, wo komplizierten Gremienschlüsseln im Wahlergebnis Rechnung getragen werden muß, die in einer Direktwahl nicht erreichbar sind.

Die dritte vom Konzil für zulässig erklärte Wahlform hieß *per scrutinium*, weil die Stimmen der Wähler einzeln erforscht wurden. Die Wähler setzten drei Skrutatoren ein, die jeden Wähler einzeln aufsuchten und sein Votum erfragten, das in der Regel noch nicht durch eine Vorauswahl eingeengt war. Diese Voten wurden für jeden einzelnen Wähler schriftlich festgehalten.

Allein für das *scrutinium* galt, daß die Stimmen zu zählen waren; beim Kompromiß galt das höchstens dann, wenn die Vollmachten der Kompromissare für deren Vorschlag eine bestimmte Mehrheit vorsahen. Das Zählen der Stimmen, das zu dem Ergebnis führen konnte, daß der Archidiakon A 30 Stimmen, der Erzpriester B 20 und der Diakon C 5 Stimmen erhalten hatten, reichte jedoch nicht aus. In der Sprache des Wahlrechts folgte auf die *publicatio* der Zahlen noch die *collatio*, die Zuordnung von Eifer, Qualifikationen und Verdiensten zu Wählern und Gewählten, wiederum in der Sprache des Wahlrechts *numerus ad numerum, zelus ad zelum, merita ad merita*. Die *collatio* war nichts anderes als der Versuch, das vorgeschriebene Wahlziel einer *maior et sanior pars* zu belegen. Den *zelus* suchte man bei den Wählern als religiösen Eifer, als Frömmigkeit, als gute Werke, die *merita* zumeist bei den Gewählten als Ansehen, *auctoritas*, als bisheriges geistliches Wirken, bald auch als *scientia*, theologische Gelehrsamkeit. Die Zuordnung setzte also voraus, daß man die Verbindung von Votum und Wähler kannte, die Stimmenbefragung also nicht geheim bleiben durfte. Andererseits liegt auf der Hand, daß zu einem begründbaren Wahlergebnis die Kombination von Zahlen und religiösen Begriffen unter den bei den Wahlen mehr und mehr die Oberhand gewinnenden rechtlichen Gesichtspunkten ein fast aussichtsloses Unterfangen war. Selbst die Kommentare bedeutender Kanonisten enthielten deshalb vereinfachende Gedankenspiele. Wenn ein Gewählter unter zwei der drei Leitbegriffe *numerus, zelus* und *merita* eindeutig den Vor-

rang habe, könne man unterstellen, daß die sanior pars seine Wahl trage. Keiner der Versuche, aus letztlich nicht kompatiblen Größen zu der rationalen Gleichung eines anerkannten Ergebnisses zu kommen, fand allgemeine Zustimmung.

Die Lösung war deshalb am Ende die gleiche, die man für die Papstwahl schon 1179 gefunden hatte. Sie wurde dadurch erleichtert, daß die Rezeption des römischen Rechts den dort geläufigen Gedanken, das Handeln der Mehrheit sei auch Handeln des Ganzen, den reinen Mehrheitsgedanken vertrauter werden ließ, zumal er in den oberitalienischen Kommunen längst erfolgreich war, da er durch kein religiöses Gegengewicht gehemmt wurde. Die Kommentatoren näherten sich in der Aporie zwischen maioritas und sanioritas selbst dem Mehrheitsgedanken. Ein so bedeutender Jurist wie Papst Innozenz IV. formulierte es um 1250 mit seinen Worten: die Mehrheit könne eine tiefere Einsicht haben. Auch wenn die sanior pars als Wahlkriterium im Kirchenrecht bis in die Neuzeit formal erhalten blieb, wurde der Konflikt, um dessen Lösung sich die besten Köpfe unter den Glossatoren bemüht hatten, pragmatisch gelöst. Das Konzil von Lyon erklärte 1274, bei einer Zweidrittelmehrheit der Wähler sei die Vermutung der Saniorität soweit begründet, daß die Wahl nur noch durch Einwände gegen die Person des Kandidaten, nicht mehr gegen die Wahl selbst, angefochten werden könne. Diese Entscheidung war für das Wählen von hoher praktischer Bedeutung: sie machte die qualifizierte Mehrheit allgemein allein zum Maßstab. Sie löste das einmal abgegebene Votum von der Person des Wählenden und erlaubte es damit, den in den Kommunen schon beschrittenen Weg zur geheimen Stimmabgabe ebenfalls zu beschreiten, nicht zuletzt mit der Einführung des Stimmzettels für die Schriftkundigen, zuerst bei der Papstwahl im 14. Jahrhundert.

Die Auseinandersetzung um das Wählen in der Kirche verlor jedoch bald nach der Konzilsentscheidung ihre bisherige Schärfe, da die päpstliche Wahlprüfung unter formalen und inhaltlichen Gesichtspunkten immer häufiger vom Instrument der Kassation schon bei formalen Wahlverstößen wie Versäumen der Wahlfrist Gebrauch machte und die Kassation jeweils zum Anlaß nahm, die Wahl an den päpstlichen Stuhl zu ziehen und durch eine päpstliche Provision, sprich Ernennung, zu ersetzen. Das im 13. Jahrhundert häufig verhängte Interdikt schloß auch ein Wahlverbot ein, dem ganze Königreiche unterworfen wurden. Päpstliche Provisionen als Ersatzhandlungen für kassierte Wahlen und Wahlverbote, die der Papst durch eigene Provisionen ausfüllte, waren nur die Vorstufe zur Reservation aller Bischofswahlen durch den apostolischen Stuhl um die Mitte des 14. Jahrhunderts, so daß das paradoxe Ergebnis eintrat, daß die für die europäische Geschichte so bedeutsame Ausbildung des kirchlichen Wahlrechts, die ich als einen wesentlichen Teil eines allgemeinen Lernprozesses des Wählens betrachte, auf ihrer höchsten Entwicklungsstufe in der Praxis einer allgemeinen Bischofsernennung durch den Papst aufging. Der Aufbruch im Jahrhundert des kirchlichen Wählens endete in der Wahlentmündigung eines großen Teils der Kirche, auch wenn die Instrumente und Techniken des Wahlrechts selbst nicht mehr verloren gehen sollten.

Einen kurzen Ausblick möchte ich noch auf das Wahlrecht der deutschen Monarchie richten, das von dieser Entwicklung nicht unberührt blieb, auch wenn es in vieler Hinsicht in anderen Traditionen wurzelte. Die Ausgrenzung des Wählerkreises von den Stammesvertretern zu den Reichsfürsten, schließlich zu den Kurfürsten, vollzog sich

durchaus parallel. Sie öffnete erst das Tor zu einem geordneten Wahlverfahren mit Stimmen und Regularien, wie sie dann die Goldene Bulle als Endpunkt der Entwicklung festhielt. Den Rechtssatz formulierte der Papst im deutschen Thronstreit: Die Mehrheit verliere ihr Wahlrecht, wenn sie das Recht der Minderheit, an der Wahl mitzuwirken, nicht respektiere, so wie es die staufische Partei getan hatte. Das Mehrheitsprinzip wurde 1257 formuliert, als die Zahl der Kurfürsten feststand. Die gedankliche Konzentration auf das Wählen führte zu eigenen Konsequenzen. Sie löste die Vorstellung, daß die Krönung ein konstitutives Moment des Herrschaftseintritts sei, ab und fand in der Auseinandersetzung mit dem päpstlichen Approbationsanspruch 1338 zu dem Rechtssatz, daß der von der Mehrheit der Kurfürsten gewählte König bereits Kaiser mit allen seinen Rechten sei, mit anderen Worten, sie reduzierte den Recht schaffenden Akt des Herrschaftswechsels oder der Herrschaftserneuerung auf die Wahl selbst, eine Vorstellung, die zum ersten Mal, wenn auch viel vorsichtiger, das Papstwahldekret von 1059 formuliert hatte, als es davon sprach, daß dem gewählten, aber noch nicht in Rom inthronisierten Papst die Prärogativen seines Amtes zuständen. Mit der Formel des Kurvereins von Rhens trug die Wahl als solche im Verständnis der den Staat tragenden Rechtsgedanken den Sieg über die stufenförmige Kettenhandlung der Königserhebung davon, die einst, wie man es in Widukinds Bericht von 936 lesen kann, mit der Designation und Wahlversammlung begann und nach vielen rechtsförmlichen Akten mit dem Königsumritt und seinen Huldigungen endete. Sie zog damit die Konsequenz aus den Jahrhunderten, in denen man das Wählen gelernt und zugleich in seiner Funktion problematisiert hatte. Wenn eine Wahl allein das neue Recht schafft, werden die Ansprüche an ihre rechtliche Ordnung entsprechend hoch. Diese Summe erlaubt uns der Prozeß zu ziehen, in dem in Europa im Großen wie im Kleinen das Wählen gelernt wurde.

Literaturhinweise:

- E.S. STAVELEY, *Greek and Roman Voting and Elections* (Ithaca, N.Y. 1972);
 Wahlen und Wählen im Mittelalter. hg. v. R. SCHNEIDER und H. ZIMMERMANN, *Vorträge und Forschungen* 37 (Sigmaringen 1990), darin bes. W. MALECZEK, Abstimmungsarten. Wie kommt man zu einem vernünftigen Wahlergebnis? (S. 79–134), B. SCHIMMELPFENNIG, Papst- und Bischofswahlen seit dem 12. Jahrhundert (S. 173–195), R. SCHNEIDER, Wechselwirkungen von kanonischer und weltlicher Wahl (S. 135–171);
 H. GRUNDMANN, *Pars quamvis parva. Zur Abtwahl nach Benedikts Regel*, *Festschrift für Percy Ernst Schramm I* (Wiesbaden 1964) S. 237–251;
 L. MOULIN, Les origines religieuses des techniques électorales et délibérations modernes, *Revue internationale d'histoire politique et constitutionnelle* NS 3, Fasc. 10 (1953) S. 106–148;
 L. MOULIN, Sanior et maior pars. Note sur l'évolution des techniques électorales dans les ordres religieux du VI au XIII siècle, *Revue historique de droit français et étranger* IV, 36 (1958) S. 368–397, 491–529;
 H. FUHRMANN, Die Wahl des Papstes: ein historischer Überblick, *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 9 (1958) S. 763–780;
 P. SCHMID, *Der Begriff der kanonischen Wahl in den Anfängen des Investiturstreits* (Stuttgart 1926);

- D. JASPER, Das Papstwahldekret von 1059, Beiträge zur Geschichte und Quellenkunde des Mittelalters 12 (Sigmaringen 1986);
- P. HERDE, Die Entwicklung der Papstwahl im dreizehnten Jahrhundert, Österreichisches Archiv für Kirchenrecht 32 (1981) S. 11–41;
- E. RUFFINI AVONDO, Il principio maggioritario. Profilo storico (Torino 1927, Neudruck: Milano 1976);
- P. V. AIMONE-BRAIDA, Il principio maggioritario nel pensiero di glossatori e decretisti, Apollinaris 58 (1985) S. 209–285;
- K. GANZER, Das Mehrheitsprinzip bei den kirchlichen Wahlen des Mittelalters, Tübinger Theologische Quartalsschrift 147 (1967) S. 60–87;
- K. GANZER, Zur Beschränkung der Bischofswahl auf die Domkapitel in Theorie und Praxis des 12. und 13. Jahrhunderts, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. 57 (1971) S. 22–82 u. 58 (1972) S. 166–197;
- K. GANZER, Papsttum und Bistumsbesetzungen in der Zeit von Gregor IX. bis Bonifaz VIII. Ein Beitrag zur Geschichte der päpstlichen Reservationen (Köln 1968);
- H. MITTEIS, Die deutsche Königswahl und ihre Rechtsgrundlagen bis zur Goldenen Bulle (Weimar 1944);
- U. REULING, Die Kur in Deutschland und Frankreich. Untersuchungen zur Entwicklung des rechtsförmlichen Wahlaktes bei der Königserhebung im 11. und 12. Jahrhundert (Göttingen 1979);
- B. CASTORPH, Die Ausbildung des römischen Königswahlrechts. Studien zur Wirkungsgeschichte der Dekretale „Venerabilem“ (Göttingen 1978).

Prof. em. Dr. phil. Norbert Kamp
Leipziger Straße 236 B · 38124 Braunschweig